

BDK1_KAPITEL 5: ZUSAMMEN LEBEN Beschlussantrag zur Einreichung eines Änderungsantrags an die BDK 11.-13.06.2021 KAPITEL 5: ZUSAMMEN LEBEN

Antragsteller*in: Tarek-Maximilian Janowski

Tagesordnungspunkt: 5. Änderungsanträge zum Programmentwurf zur Bundestagswahl am 26.09.2021

Änderungstext

Kapitel (gem. <https://antraege.gruene.de/46bdk>):
PB.Z-01: Kapitel 5:
Zusammen leben
Zeilennummern:
945 bis 947

1 Der KV Düsseldorf beschließt, folgenden Änderungsantrag zum
2 Bundestagswahlprogramm zu unterstützen:

3 Von:

4 entlang einer starken deutsch-französischen Zusammenarbeit
5 und im Zusammenspiel
6 mit unsereneuropäischen Partner*innen. Unser Ziel ist eine EU, die zusammenhält
7 und voranschreitet. Inmanchen Bereichen kommen wir nur mit unterschiedlichen
8 Geschwindigkeiten voran, aber die

8 Ändern in:

9 entlang einer starken deutsch-französischen Zusammenarbeit und im Zusammenspiel
10 mit unseren europäischen Partner*innen. Unser Ziel ist die Schaffung eines
11 Europäischen Bundesstaates, welcher aus der EU hervorgeht. Auf dem Weg dorthin
12 sollen auch Staaten oder Überseegebiete die Möglichkeit bekommen beizutreten,
13 welche nur im Hyperraum des Europäischen Kontinents liegen oder ein
14 Überseegebiet eines jeweiligen Mitgliedstaates sind. In manchen Bereichen kommen
15 wir nur mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten voran, aber die

Begründung

Die langfristige Schaffung eines Europäischen Bundesstaates ist ein Ziel aus unserem Grundsatzprogramm, weswegen es wichtig ist dies auch in unser Wahlprogramm aufzunehmen.

Damit geknüpft ist ein Zugang zur Europäischen Union für Staaten, die nicht direkt auf dem Europäischen Kontinent liegen, wodurch man langfristig für Staaten wie z.B. Marokko, Tunesien oder Armenien Anreize schaffen kann sich zu liberalisieren, stärker zu demokratisieren und diese Staaten so langfristig die Kopenhagener Kriterien erfüllen. Ebenfalls sollen Überseegebiete der jeweiligen Mitgliedstaaten die Möglichkeit bekommen der EU als Region beizutreten.

Daraus könnte sich langfristig eine Union ergeben welchen freien Personen- und Warenverkehr auf bis zu 3 Kontinenten ermöglicht. Dies wäre eine Union die auf Demokratie, Liberalität und Frieden beruht.

BDK2 Beschlussantrag zur Einreichung eines Änderungsantrags an die BDK 11.-13.06.2021
Kapitel 6 International zusammenarbeiten

Gremium: AG Nachhaltige Kommune
Beschlussdatum: 22.04.2021
Tagesordnungspunkt: 5. Änderungsanträge zum Programmentwurf zur Bundestagswahl am 26.09.2021

Änderungstext

Kapitel (gem. <https://antraege.gruene.de/46bdk>):
PB.I Kapitel 6 International
zusammenarbeiten
Zeilennummern:
86 bis 90

- 1 Von Zeile 86 bis 90 einfügen:
- 2 sind es unsere Entscheidungen in Wirtschaft und Handel, bei
Agrar- oder
3 Rüstungsexporten, die sich weltweit stark auf Klima,
Artenschutz und globale
4 Gerechtigkeit auswirken. Das Pariser Klimaabkommen und die Agenda 2030 bilden
5 zusammen gute Grundlagen, um Synergien zwischen den sozialen, wirtschaftlichen
6 und ökologischen Herausforderungen zu schaffen und die Transformation
7 sektorenübergreifend für alle Ebenen zu denken. Wir wollen alle Politikbereiche
8 in Deutschland auf die Transformation ausrichten und einen Nachhaltigkeits- und
9 Menschenrechts-TÜV einführen. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ist so zu
10 ertüchtigen, dass sie als Richtschnur für alle Politikbereiche eine größere
11 Wirksamkeit entfaltet als bisher. Politik ist über alle Ebenen und über alle
12 Politikfelder an Klima- und Nachhaltigkeitszielen auszurichten. Es gilt unsere
13 internationalen Zusagen einzuhalten und die öffentlichen Ausgaben für
14 Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der ODA-

Begründung

Es fehlt im Programm bisher eine systematische Berücksichtigung der UN-Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030, auch wenn Verweise darauf im Entwurf häufiger auftauchen als dass im Grundsatzprogramm bisher zu finden ist. Eine noch deutlichere strategische Ausrichtung aller Politikfelder entlang der UN-Ziele wäre eine sehr gute Richtschnur für die angestrebte sozial-ökologische Transformation in unserem Wahlprogramm.

Worin die politische Qualität der UN-Nachhaltigkeitsziele besteht, ist nirgendwo im Programm ausgeführt (sozial, wirtschaftlich und ökologisch integrierend, sektorübergreifend, alle Ebenen und Politikfelder betreffend). Mit den vorgeschlagenen Änderungen wäre dem abgeholfen. Eigentlich wäre eine solche Formulierung viel weiter vorne im Programmentwurf sinnvoller, aber unter der Zielsetzung der Minimierung von Änderungswünschen in einem im Großen und Ganzen schon sehr guten Programm wäre die hier beantragte Änderung eine akzeptable Lösung. Die vorgeschlagenen Formulierungen stammen übrigens aus Anträge der GRÜNEN im Bundestag.

Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie hier im Programm zu nennen, macht den Hebel sichtbar, über den eine solche Politik sektorübergreifend steuerbar ist. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie als Instrument der strategischen Ausrichtung von Politik ist etabliert, es gibt Indikatoren für die Erfolgsmessung, es gehört – ausweislich der Regierungswebseite – auch eine Gesetzesfolgenabschätzung zum Nachhaltigkeitsmanagement dazu. Die Strategie ist bisher aber im politischen Geschäft wenig wirksam und müsste deutlich ambitionierter aufgestellt und konsequenter umgesetzt werden.

BDK3 Beschlussantrag zur Einreichung eines Änderungsantrags an die BDK 11.-13.06.2021
Kapitel 4: Bildung und Forschung ermöglichen

Gremium: AG Nachhaltige Kommune
Beschlussdatum: 22.04.2021
Tagesordnungspunkt: 5. Änderungsanträge zum Programmentwurf zur Bundestagswahl am 26.09.2021

Änderungstext

Kapitel (gem. <https://antraege.gruene.de/46bdk>):
PB.B Kapitel 4: Bildung und
Forschung ermöglichen
Zeilennummern:
5-6

1 Von Zeile 5 bis 6 einfügen:

2 Weiterbildung, in visionärer Forschung und kluger
3 Wissenschaftspolitik liegen
4 unendlich viel Potenzial, um dieses Land gerechter, moderner
5 und krisenfester zu
6 machen.

7 Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist der Schlüssel zur notwendigen
8 gesellschaftlichen Transformation. Sie befähigt Menschen zu zukunftsfähigem
9 Denken und Handeln, zur Gestaltung und Teilhabe an einer demokratischen und
10 pluralen Gesellschaft sowie zum Verstehen der Auswirkungen des eigenen Handelns
11 auf die Welt. Die Möglichkeiten der digitalen Vernetzung eröffnen gerade durch
12 BNE einen Blick über den Tellerrand und neue Lernchancen. BNE ist deshalb in
13 allen Bildungsphasen und -bereichen gemäß des nationalen Aktionsplans BNE zu
14 verankern. Ein wichtiges Element der Transformation besteht darin, Demokratie zu
leben und zu lernen.

Begründung

BNE ist im Programmentwurf komplett vergessen worden. Deshalb hier zu Beginn des Bildungskapitels die Ergänzung, dass Bildung, hier BNE, für die sozial-ökologische Transformation ein wichtige Stellschraube darstellt. Deshalb hier: Unterstützung eines gleichlautenden Änderungsantrags der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Bildung.

BDK4 Beschlussantrag zur Einreichung eines Änderungsantrags an die BDK 11.-13.06.2021

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

Gremium: Klaus Kurtz im Namen der BAG Ökologie
Beschlussdatum: 17.04.2021
Tagesordnungspunkt: 5. Änderungsanträge zum Programmentwurf zur Bundestagswahl am 26.09.2021

Änderungstext

Kapitel (gem. <https://antraege.gruene.de/46bdk>):
PB.L Kapitel 1:
Lebensgrundlagen schützen
Zeilennummern:
14-16

- 1 Von Zeile 14 bis 16 einfügen:
- 2 Das verlangt Können, Mut und Machen. Wir stellen in einer
- 3 künftigen Regierung
- 4 das Pariser Klimaabkommen und die 17 Nachhaltigkeitsziele
- 5 der Vereinten Nationen
- 6 in den Mittelpunkt und richten das Handeln aller Ministerien danach aus. Wir
- 7 lenken all unsere Kraft darauf, Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die uns auf
- 8 den 1,5-Grad-

Begründung

Die Agenda 2030 sollte auch ganz am Anfang einmal auftauchen, nicht nur im Kapitel Internationales

Unterstützer*innen

Patrick Schiffer (KV Düsseldorf)

BDK5 Beschlussantrag zur Einreichung eines Änderungsantrags an die BDK 11.-13.06.2021

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

Gremium:	AG Nachhaltige Kommune
Beschlussdatum:	22.04.2021
Tagesordnungspunkt:	5. Änderungsanträge zum Programmentwurf zur Bundestagswahl am 26.09.2021

Änderungstext

Kapitel (gem. <https://antraege.gruene.de/46bdk>):
PB.L Kapitel 1:
Lebensgrundlagen schützen
Zeilennummern:
192-193

1 Von Zeile 192 bis 193 einfügen:

2 Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe, indem wir Gesetze an
3 ihrer Vereinbarkeit
4 mit den nationalen Klimaschutzziele messen und ihre
5 Klimawirkung entsprechend
6 prüfen.

5 Überprüfen und Nachsteuern

7 Wir stehen für die Verbindlichkeit und Konkretheit unserer Politik ein, grade
8 bei der existentiellen Klima- und Umweltkrise. Dazu etablieren wir für alle
9 bislang bzw. im folgenden genannten Zielsetzungen ein enges Monitoring von
10 Fortschritten und Status. Wo demnach notwendig, werden wir umgehend in der
11 konkreten Politik nachsteuern, um das Erreichen der Ziele sicherzustellen.

Begründung

Das Ziele nicht nur klar benannt, sondern auch endlich erreicht werden ist essentiell, um gravierende Folgen der Klima- und Umweltkrise noch abzuwenden. Widerstände, Schwierigkeiten und Unwägbarkeiten werden bei der Umsetzung der Ziele auftreten und müssen überwunden werden. Verbindlichkeit und Konkretheit sind dabei unser Markenzeichen und Mehrwert im politischen Diskurs. Sie stecken den Rahmen ab, an dem die Grünen von Öffentlichkeit und Experten hier gemessen werden und an dem sich dann ggfs. Koalitionsverhandlung ausrichten. Allzu gern und lange wurde grad bei diesem Themenfeld in die Zukunft projiziert, ohne im Hier und Jetzt hinreichend verantwortlich zu handeln. Selbst die Bundeskanzlerin hat der Klimaneutralität 2050 schon zugestimmt - also für eine Zeit weit jenseits ihrer politischen Einflussnahme. Entsprechend wenig besagt dies inhaltlich.

Zudem ist es international bedeutsam, das Deutschland hier wieder eine Rolle als ein Beispielgeber und Innovationstreiber spielt (wie seinerzeit bereits einmal mit dem epochalen EEG - in über 80 Ländern weltweit kopiert).

BDK6 Beschlussantrag zur Einreichung eines Änderungsantrags an die BDK 11.-13.06.2021

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

Gremium:	AG Nachhaltige Kommune
Beschlussdatum:	22.04.2021
Tagesordnungspunkt:	5. Änderungsanträge zum Programmentwurf zur Bundestagswahl am 26.09.2021

Änderungstext

Kapitel (gem. <https://antraege.gruene.de/46bdk>):
PB.L Kapitel 1:
Lebensgrundlagen schützen
Zeilennummern:
93-97

- 1 Von Zeile 93 bis 97 einfügen:
- 2 können wir den Energie- und Ressourcenverbrauch besser
- 3 reduzieren und bei
- 4 Zukunftstechnologien führend werden. Die Digitalisierung als
- 5 Nachhaltigkeitsmotor auszugestalten, ist eine Chance für
- 6 Deutschland, im
- 7 digitalen Wettbewerb wieder aufzuschließen und Vorsprünge zu erarbeiten.
- 8 Wir richten die Digitalpolitik aktiv entsprechend den international vereinbarten
- 9 Klima- und Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen aus und adressieren
- 10 damit die ökologischen Chancen und Risiken der Digitalisierung.
- 11 Hierzu fördern und priorisieren wir digitale Anwendungen und Lösungen, die einen
- 12 Beitrag zur Ressourcenschonung leisten oder nachhaltiger sind als analoge.
- 13 Rebound-Effekte gilt es zu vermeiden, Suffizienz zu unterstützen. Die Einhaltung
- 14 und Überwachung von sozialen und ökologischen Standards bei der Gewinnung von
- 15 kritischen Rohstoffen für IT/Digitalisierung (wie seltene Erden) und
- 16 „Substitution als Strategie zur Minderung der Kritikalität von Rohstoffen für
- 17 Umwelttechnologien“ gilt es zu fördern.
- 18 Ausschreibungs- und Beschaffungskriterien sind so anzupassen, dass möglichst
- 19 ökologisch

Begründung

Das Thema Digitalisierung wird bisher im BT-Wahlprogramm an unterschiedlichen Stellen aufgegriffen. Eine klare Ausrichtung der Grünen Digitalpolitik, wie z.B. im Antrag „Digitalisierung ökologisch gestalten“ der Bundestagsfraktion (11.12.2019) formuliert, würde die Chancen und Risiken der Digitalisierung in einen klaren Rahmen einbinden. Mit einer eindeutigen Ausrichtung der Digitalpolitik an den Klima- und Nachhaltigkeitszielen, könnte das Profil der Grünen wesentlich geschärft und inhaltlich besser untermauert werden. Ein Bezug zum Hauptgutachten des WGBU (Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen) „Unsere Digitale Zukunft“ liefert hier weitere Argumente, die in der aktuellen Programmversion nur sehr vorsichtig formuliert und nicht im Sinne einer klaren Ausrichtung der gesamten Digitalpolitik verständlich zum Ausdruck gebracht werden. Nur mit einem solchen eindeutigen Bekenntnis, kann sich die Grüne Partei positionieren, von anderen Programmen abgrenzen und damit auch ihre grundsätzliche Ausrichtung verdeutlichen. Ziel der „Grünen“ Digitalpolitik sollte sein, neben der Förderung von Innovationen und digitalen Lösungen, die der sozial-ökologische Transformation dienen, auch, die Herausforderungen, die die Digitalisierung umfangreicher Lebens- und Arbeitsbereiche selbst mit sich bringt (z.B. Energie- und Ressourcenverbrauch) entsprechend zu adressieren.

BDK7 Beschlussantrag zur Einreichung eines Änderungsantrags an die BDK 11.-13.06.2021
Kapitel 4: Bildung und Forschung ermöglichen

Gremium: AG Nachhaltige Kommune
Beschlussdatum: 22.04.2021
Tagesordnungspunkt: 5. Änderungsanträge zum Programmentwurf zur Bundestagswahl am 26.09.2021

Änderungstext

Kapitel (gem. <https://antraege.gruene.de/46bdk>):
PB.B Kapitel 4: Bildung und
Forschung ermöglichen
Zeilennummern:
149-150

1 Von Zeile 149 bis 150 einfügen:

2 gemeinsam im Rahmen der jeweiligen Verantwortung von Bund,
3 Ländern und Kommunen
erreicht werden sollen.

4 Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärken

5
6 Wir fördern die Umsetzung des UNESCO-Programms "BNE 2030/ESD 2030" (Education
7 for Sustainable Development: Towards achieving the SDGs), das weltweit die
8 Integration von BNE in alle Bildungsnetzwerke und auf kommunaler Ebene
9 vorantreiben soll. Um Anreize für Kommunen zu schaffen, werden in Kooperation
10 mit den Ländern lokale und regionale Bildungsnetzwerke initiiert und
11 unterstützt, die BNE als einen Aufgabenschwerpunkt haben. Das vom Bund
12 geförderte BNE-Kompetenzzentrum begleitet rund 50 der über 10.000 Kommunen in
13 Deutschland. Es muss deshalb gestärkt werden, um für deutlich mehr Kommunen
14 Angebote machen zu können. Neben den Auszeichnungen wird ein Fonds zur Förderung
15 von BNE-Projekten, Netzwerken und Strukturen geschaffen.

Begründung

Förderliche Bedingungen für BNE sind nicht nur in den einzelnen Bildungsinstitutionen nötig. BNE „funktioniert“ insbesondere auch auf dem Hintergrund von Vernetzung und auf kommunaler Ebene. Deshalb hier: Unterstützung eines gleichlautenden Änderungsantrags der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Bildung.

Unterstützer*innen

Patrick Schiffer (KV Düsseldorf)

BDK8 Beschlussantrag zur Einreichung eines Änderungsantrags an die BDK 11.-13.06.2021
Kapitel 5: Zusammen leben

Antragsteller*in: Yusra El Makrini

Tagesordnungspunkt: 5. Änderungsanträge zum Programmwurf zur Bundestagswahl am
26.09.2021

Änderungstext

Kapitel (gem. <https://antraege.gruene.de/46bdk>):
PB.Z-01: Kapitel 5:
Zusammen leben
Zeilennummern:
245 bis 248

- 1 Von:
- 2 eine gute Grundlage dar, um die Vielfalt auch in einer modernen
- 3 Einwanderungsgesellschaft zugewährleisten. Der Staat darf
- 4 keine Religion
- 5 diskriminieren oder ungerechtfertigt bevorzugen. Wir
- 6 unterstützen Staatsverträge
- 7 mit islamischen Religionsgemeinschaften, die in keiner strukturellen Abhängigkeit
- 8 zu einem Staat, einer Partei oder politischen Bewegung und
- 9 In:
- 10 eine gute Grundlage dar, um die Vielfalt auch in einer modernen
- 11 Einwanderungsgesellschaft zu gewährleisten. Der Staat darf Menschen nicht
- 12 aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit und des Praktizierens dieser Religion
- 13 diskriminieren oder benachteiligen. Wir unterstützen Staatsverträge mit
- 14 islamischen Religionsgemeinschaften, die in keiner strukturellen Abhängigkeit zu
- 15 einem Staat, einer Partei oder politischen Bewegung und

Begründung

Eine Religion kann nicht diskriminiert werden, jedoch Menschen, die dieser Religion zugehören, da sie diejenigen sind, welche die Benachteiligung erfahren bzw. erleiden müssen. Zudem ist nicht nachvollziehbar aus welchem gerechtfertigtem Grund der Staat eine religiöse Zugehörigkeit der anderen bevorzugen sollte, wenn der Staat die Aufgabe hat neutral und religionsunabhängig zu handeln.

BDK9 Beschlussantrag zur Einreichung eines Änderungsantrags an die BDK 11.-13.06.2021
Kapitel 5: Zusammen leben

Antragsteller*in: Yusra El Makrini

Tagesordnungspunkt: 5. Änderungsanträge zum Programmwurf zur Bundestagswahl am
26.09.2021

Änderungstext

Kapitel (gem. <https://antraege.gruene.de/46bdk>):
PB.Z-01: Kapitel 5:
Zusammen leben
Zeilennummern:
602 bis 604, 606 bis 608

1 Von Zeile 602 bis 604:

2 Entscheidung, ob eine Frau eine Schwangerschaft abbricht oder
nicht, gehört mit

3 zu den schwersten im Leben. Gerade deshalb ist es so wichtig,
dass diese

4 Schwangeren gut, niederschwellig und vor allem konfessionsunabhängig beraten und

5 medizinisch professionell versorgt werden. Wir streiten für eine ausreichende

6 und

7 Von Zeile 606 bis 608 einfügen:

8 vornehmen. Das Thema muss in die Ausbildung von Ärzt*innen nach international

9 anerkannten Standards integriert werden. Konfessionsunabhängige

10 Familienplanungs- und Beratungsstellen werden wir absichern und die freiwilligen

11 Beratungsangebote ausbauen. Um die Versorgung für Frauen dauerhaft zu

Begründung

Wenn Schwangere aufgrund verschiedenster Gründe den Entschluss fassen oder in Erwägung ziehen, einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen, erfordert es nicht nur viel Feingefühl sondern auch eine möglichst neutrale Beratung, in der sich die Betroffenen nicht mit Wertvorstellungen konfrontiert sehen, welche die Situation verkomplizieren.

Zudem ist eine niederschwellige Beratung essentiell, um eine ausreichende Aufklärung unabhängig von der sozialen Schicht gewährleisten zu können.

BDK10 Beschlussantrag zur Einreichung eines Änderungsantrags an die BDK 11.-13.06.2021
Kapitel 5: Zusammen leben

Antragsteller*in: Yusra El Makrini

Tagesordnungspunkt: 5. Änderungsanträge zum Programmwurf zur Bundestagswahl am
26.09.2021

Änderungstext

Kapitel (gem. <https://antraege.gruene.de/46bdk>):
PB.Z-01: Kapitel 5:
Zusammen leben
Zeilennummern:
615 bis 616

1 Von Zeile 615 bis 616 einfügen:

2 streichen. Die Kosten für ärztlich verordnete Mittel zur
Empfängnisverhütung
3 müssen für Empfängerinnen von staatlichen Transferleistungen
übernommen werden.

4 Des Weiteren ist ein Ausbau der Aufklärung über die Gesamtheit der möglichen
5 Verhütungsmethoden aller Geschlechter zwingend notwendig, weshalb wir die
6 ausserschulischen Aufklärungsprogramme fördern und erweitern werden.

Begründung

Den Sexualkundeunterricht während der Schulzeit vergisst man selten: unangenehm und nicht auf dem aktuellen Stand. Die Aufklärung über die Verhütungsmittel fällt dort eher mager aus und viele Jugendliche haben eine Hemmschwelle sich bei ihrer Lehrkraft nähere Informationen einzuholen. Circa ein Drittel der Frauen in Deutschland nimmt die Pille, zwar sind es weniger als vor 10 Jahren, dennoch sind vielen die Nebenwirkungen und Risiken nicht bekannt. Beispielsweise erhalten über 50% der Frauen, die die Kosten der Pille von der Krankenversicherung erstattet bekommen, die Pillen neuerer Generationen, welche nachweislich höhere Risiken für Thrombosen mit sich bringen. Durch außerschulische Aufklärungsprogramme werden Barrieren gesenkt und ermöglichen jungen Menschen mehr medizinisch korrekte Informationen zu erhalten als durch Freund*innen oder durch das Internet, sodass sie besser zwischen verschiedenen Verhütungsmethoden abwägen können.